

Absender

.....
.....
.....

An

(ARGE, Jobcenter, o.ä.)

.....
.....
.....

Ort, Datum

KdNr:

Vorschlag einer Arbeitsgelegenheit vom
Zuweisung zu (Maßnahmeträger)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die mit Ihrem Schreiben vom erfolgte Zuweisung in eine Arbeitsgelegenheit ist rechtswidrig. In dem Schreiben wurde die Tätigkeit nicht hinreichend bestimmt bezeichnet (vgl LSozG, Beschluss vom 11.07.2005, Az L 5 B 161/05 ER AS). Insbesondere wurde nicht bezeichnet, welche Tätigkeit ich an welchem Ort, zu welcher Zeit zu leisten verpflichtet werden sollte. Auch ließ dieses Schreiben keine Rückschlüsse darauf zu, ob die von mir auszuführende Tätigkeit zusätzlich und im öffentlichen Interesse sein würde. Des weiteren war diese Tätigkeit mit Vollzeit angegeben, was bei Arbeitsgelegenheiten nicht zulässig ist. Auch dient sie nicht meiner Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Das hatte ich bei der Zuweisung überhaupt nicht erkannt und auch nicht erkennen können. Bitte teilen sie mir mit, in welches Eingliederungskonzept sich der von Ihnen mit Schreiben vom unterbreitete Vorschlag einbettet.

Des weiteren habe ich erfahren, dass die Maßnahmeträger von Ihnen dazu angehalten werden oder zumindest wurden, persönliche Daten von mir an sie zu übermitteln.

Ich fordere Sie somit auf, mich umgehend aus der Maßnahme zu nehmen und mir schriftlich zu bestätigen, dass sie es unterlassen werden, dem Maßnahmeträger eine Weisung zu erteilen, die den Maßnahmeträger zur Übermittlung der von dem Maßnahmeträger über meine Person erhobenen Daten an die Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II verpflichtet, soweit diese Daten nicht allein den Umstand der Teilnahme betreffen.

Ich erwarte Ihre Rückantwort bis zum(Datum einsetzen, Frist 1 Woche). Sollte diese Frist fruchtlos verstreichen, werde ich gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen.

Mit freundlichen Grüßen